

## Medienmitteilung

| Thema          | Voranschlag 2016 Kanton Luzern  |
|----------------|---|
| Für Rückfragen | Michèle Graber (079 262 18 64) <a href="mailto:michele.graber@grunliberale.ch">michele.graber@grunliberale.ch</a>   |
| Absender       | Grünliberale Partei Kanton Luzern, 6000 Luzern<br><a href="mailto:lu@grunliberale.ch">lu@grunliberale.ch</a> / <a href="http://www.lu.grunliberale.ch">www.lu.grunliberale.ch</a> |
| Datum          | 07. Dezember 2015   |

[glp stimmt Budget zu](#)

**Die Grünliberalen stimmen dem Voranschlag 2016 zu, um Schaden vom Kanton abzuwenden. Gleichzeitig fordern sie die Regierung und die anderen Fraktionen dazu auf, die bisherige Pflästerlipolitik zu beenden. Der Kanton muss die Ausgaben durch strukturelle Anpassungen senken und auch auf der Einnahmeseite justieren.**

Die Grünliberalen stimmen dem vom Regierungsrat überarbeiteten Voranschlag 2016 zu, um Schaden von der Wirtschaft, den Gemeinden und der Gesellschaft abzuwenden. Die negativen Auswirkungen eines Zustandes ohne gültiges Budget 2016 wären beachtlich. Geplante Projekte und Aufträge müssten auf unbestimmte Zeit sistiert werden, jegliche Planungssicherheit würde fehlen.

### Nein zu Pflästerli-Sparen und Rechtsbruch

Trotz ihrer Zustimmung sind die Grünliberalen mit dem Voranschlag unzufrieden. „Das von der Regierung vorgeschlagene Einsparen von Minimalbeträgen oder das Schönrechnen von Planzahlen sind eine unverantwortliche Pflästerlipolitik“, sagt glp-Fraktionspräsidentin Michèle Graber. Aus Sicht der Grünliberalen lassen sie die strukturellen Finanzprobleme auf diese Weise nicht lösen. Die Probleme werden stattdessen auf die Debatte für den Voranschlag 2017 verschoben. „Statt die Verwaltung mit der Suche nach weiteren Budgettricks zu beschäftigen, gilt es nun, die tatsächlich notwendigen strukturellen Änderungen anzupacken“, ergänzt Graber.

Als ebenso unverantwortlich erachten die Grünliberalen das Verhalten der Fraktionen von Linken und alten Konservativen. Die Linke fordert das Aussetzen der Schuldenbremse und damit die bewusste Verletzung geltenden Rechts. Die alten konservativen Parteien verschliessen die Augen davor, dass der Kanton ein strukturelles Problem auf der Ausgaben- und der Einnahmeseite hat und die Schuldenbremse zu restriktiv ausgestaltet ist.

### Mehreinnahmen dürfen kein Tabu sein

Die Grünliberalen rufen die anderen Fraktionen dazu auf, sich notwendigen Reformen nicht weiter zu verschliessen. Der Kanton kann viele Kosten nicht oder nur in geringem Masse beeinflussen, so zum Beispiel die Kostensteigerung im Gesundheitswesen und in der Bildung. Neben grösseren Strukturanpassungen muss deshalb auch auf der Einnahmeseite justiert und das Ressourcenpotential des Kantons besser ausgeschöpft werden. Handlungsbedarf besteht zum Beispiel bei den Steuerabzügen. Die Grünliberalen fordern, dem Beispiel anderer Kantone zu folgen und den Pendlerabzug zu reduzieren. Damit würden Mehreinnahmen generiert und gleichzeitig ökologische Fehlanreize beseitigt.